

Richard Schröder

Die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR .

Arbeitsgruppe 3: „Mehr Gerechtigkeit in der DDR- unsere Aufgabe, unsere Erwartung“

## I.

Als die Herrschaft der SED im Herbst 1989 zusammenbrach, wurde die Evangelische Kirche in der DDR als Mutter der Revolution gefeiert. Bald darauf schlug die öffentliche Meinung um. Die Kirche erschien nun vielen als Stütze des Systems. Dieser Meinungsumschwung ist dadurch befördert worden, daß eine Vielzahl von Kontakten kirchlicher Mitarbeiter mit Vertretern des Ministeriums für Staatssicherheit bekannt wurde. Aber so unerwartet und ärgerlich auch das Ausmaß dieser Kontakte ist, es erklärt doch den Meinungsumschwung nicht vollständig. Denn die Kirche war von der Stasi weniger stark durchsetzt als andere gesellschaftliche Bereiche und nur wenige unter den kirchlichen Mitarbeitern, die die Stasi als IM (inoffizielle Mitarbeiter) geführt hat, haben tatsächlich einen Seitenwechsel vollzogen, also innerhalb der Kirche im Auftrag der Stasi gehandelt - und dennoch oft faktisch der Stasi genützt. Dies Problem betrifft übrigens alle Kirchen gleichermaßen. Jener Meinungsumschwung erklärt sich wohl auch daraus, daß es vielen in Ost und West offenbar eine progressive Rolle der Kirche nicht ins Weltbild paßte.

Aus der Sicht der SED jedenfalls war die Kirche nicht Stütze des Systems, sondern bis zuletzt beargwöhnter Fremdkörper im Herrschaftsbereich der Einheitspartei. Die Kirche war aber keine politische Opposition mit einem artikulierten politischen Gegenprogramm, sondern ein Ort des freien Wortes, eine Nische des offenen Gesprächs, auch für Nichtchristen. Die da zusammenkamen, waren keineswegs einer Meinung. Was sie suchten, war ein Ort, an dem sie das andernorts Verschwiegene und Verbotene aussprechen durften. Und dazu gehörten auch die anarchistischen Tagträume oder Utopien. Andererseits wollten die hier Versammelten sich nicht abfinden mit dem offiziellen Verschweigen und Verharmlosen von Mißständen. Oft hat das verbindende Unbehagen an den bestehenden Verhältnisse die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung dieser Verhältnisse verdeckt. Daß die Stasi immer irgendwie mit dabei sein kann, haben wir vorausgesetzt, aber wir haben uns bewußt darum nur gekümmert, wenn es offensichtlich wurde, weil wir sonst das Wichtigste, nämlich Vertrauen und Unbefangenheit, zerstört hätten - ganz im Sinne der Stasi.

Einen konkreten Einblick in einen DDR-internen Meinungsbildungsprozeß, der nicht fremdgesteuert war, liefern die Dokumente der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR.

Die Anregung zu einer weltweiten Versammlung der Christenheit geht auf Carl Friedrich von Weizsäcker zurück.<sup>1</sup> Sein Grundgedanke war: es gibt kein Subjekt, das die globalen Probleme der Menschheit, nämlich die Bannung der Kriegsgefahr, zumal der atomaren, den Ausgleich zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden und die Umweltzerstörung, wirksam thematisieren kann. Denn die nationalen Institutionen sind zu klein in ihrem Wirkungsradius, die internationalen aber zu schwach und zu sehr durch die Interessengegensätze gefesselt. Die Christenheit aber könne die moralische Autorität aufbringen, das bitter Notwendige wirksam auszusprechen. Auf nationaler und kontinentaler Ebene sollte eine weltweite Versammlung der Christenheit vorbereitet werden. Diese hat inzwischen in Seoul stattgefunden, aber das Echo der Weltöffentlichkeit war unerheblich. Dieser "konziliare Prozeß" soll nun fortgesetzt werden.

Innerhalb der DDR aber war dieser Prozeß von erheblicher Bedeutung. Hier nahm er seinen Anfang in einem Aufruf des Dresdner Ökumenischen Rates der Kirchen vom 13.2.1986 aus Anlaß des jähr-

---

<sup>1</sup>cf. Carl Friedrich von Weizsäcker, Die Zeit drängt. Eine Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung . München 1986

lichen Gedenkens an die Zerstörung Dresdens 1945. Im April 1987 wurde eine Vorbereitungsgruppe eingesetzt, die eine Konzeption für eine entsprechende Versammlung in der DDR entwarf. Wichtig war, daß die katholische Kirche sich im Oktober 1987 zur Teilnahme entschied. Während nämlich die evangelische Kirche an der Tradition thematischer Großveranstaltungen in Gestalt der (teils nur regionalen) Kirchentage mit großer Beharrlichkeit festgehalten hatte, war die (sehr viel kleinere) katholische Kirche auf diesem Feld bis dahin zurückhaltend geblieben. Erst im Juli 1987 fand ein Katholikentreffen in Dresden statt. Solche Veranstaltungen wurden vom Staat nur mit größtem Widerwillen genehmigt, denn er wollte die kirchliche Tätigkeit auf "den Kult", also auf Gottesdienste beschränkt sehen. Sie waren aber auch für die Kirchenleitungen in sofern riskant, als der Staat die Kirchenvertreter hinterher für alles verantwortlich zu machen pflegte, was bei solchen Veranstaltungen geschah und gesagt wurde, woraus sich nicht selten zusätzliche Belastungen für das ohnehin schwierige Verhältnis zwischen Staat und Kirche ergaben. Bei der geplanten Ökumenischen Versammlung stand von vornherein fest, daß es um strittige politische Themen gehen wird.

Nie zuvor hatte es eine so intensive und thematisch weit gefächerte Zusammenarbeit zwischen den christlichen Kirchen gegeben. Und außerdem hat diese Versammlung die vielen kirchlichen Gruppen zusammengeführt, die sich vor allem im Bereich der evangelischen Kirche gebildet oder dort Unterschlupf gefunden hatten, Gruppen, die sich mit den Problemen der Dritten Welt, mit der Friedensfrage, mit Umweltproblemen oder den Problemen Homosexueller befaßten. Diesen Gruppen, deren Mitglieder gar nicht immer Kirchenmitglieder waren, galt das besondere Mißtrauen des Staates. Sie wurden aber auch von den Kirchengemeinden, in denen sie untergekommen waren, nicht selten kritisch beäugt, weil sie in ihrer Mentalität und ihrem Erscheinungsbild so anders waren als die eher konservativ-bürgerliche Gottesdienstgemeinde, weil sie am gottesdienstlichen Leben der Gemeinde und an den Fragen des christlichen Glaubens oft wenig Interesse zeigten und weil sie die Aufmerksamkeit der "Staatsorgane" auf die Kirchengemeinde lenkten, was zusätzlichen Ärger mit sich brachte. Heute wird von einigen Vertretern dieser Gruppen der Vorwurf erhoben, die Kirche habe sie zu domestizieren versucht. Daran ist aber nur dies richtig, daß die Kirche ihre Schutzfunktion für diese Gruppen nur wahrnehmen konnte, wenn diese im Rahmen dessen blieben, was die Kirche gegenüber dem Staat als kirchliche Arbeit rechtfertigen konnte. Bischof Leich hat deshalb einmal gesagt: "Die Kirche ist für alle da, aber nicht für alles". Andererseits hätte ohne diesen Schutz der Kirche die SED viel leichter die Arbeit der Gruppen als staatsfeindlich diskriminieren und die Aktivsten verhaften oder zur Ausreise drängen können.

Die Konzeption der Ökumenischen Versammlung sah vor, daß die beteiligten Kirchen (es waren insgesamt 19 Kirchen und kirchliche Gemeinschaften) nach ihrer personellen Stärke Delegierte benennen, und zwar solche, die sich bereits mit den drei Themen befaßt haben. Auf diesem Wege wurden viele Mitglieder der Gruppen delegiert.<sup>2</sup>

Insgesamt fanden drei Versammlungen statt: die erste in Dresden (12.-15.2.88), die zweite in Magdeburg (8.-11.10.88) und die dritte wieder in Dresden (26.-30.4.89). An der zweiten Versammlung nahmen 146 Delegierte, 27 Berater und 22 Gäste teil - ein eher bescheidenes Unternehmen, wird man heute urteilen. Aber damals war es ein höchst erstaunliches Unternehmen, daß sich fast zweihundert DDR-Bürger versammeln, um gesellschaftliche und politische Themen zu diskutieren, ohne

---

<sup>2</sup> In den "Grundregelungen für die ökumenische Versammlung", Vorlage 1 der 1. Vollversammlung, S.3 heißt es: "Die Kirchen werden gebeten, bei der Delegierung folgende Kriterien zugrunde zu legen:

- Sachkompetenz in einem der Themenbereiche
  - Engagement in der Sache der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung in Gruppen und Gemeinden
  - paritätische Vertretung von Frauen und Männern sowie angemessene Vertretung von Jugendlichen
- Die Zahl der Theologen und der anderen hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeiter soll nicht mehr als die Hälfte betragen."

daß die SED sie zusammengerufen und den Verlauf sorgfältig vorgeplant hätte. Und das Echo dieser Versammlungen in der kirchlichen Öffentlichkeit war beträchtlich, wie die vielen Zuschriften aus Gemeinden bezeugten.

Einige Delegierte haben nach der ersten Versammlung ihre Eindrücke geschildert<sup>3</sup>. Da war zum einen die Begeisterung darüber, nun aus der kleinen Nische einer Gemeinde oder Gruppe in eine ökumenische Öffentlichkeit zu treten und anderen zu begegnen, die von denselben Fragen bewegt sind. Und daneben zugleich die Ernüchterung, daß in dieser Versammlung von fast 200 Teilnehmern nach Geschäftsordnungsverfahren verfahren werden mußte, mit Redezeitbegrenzung und anderen einengenden Formalien, die die freie Kommunikation zu stören scheinen, und die Enttäuschung über die Schwierigkeiten der Verständigung, sobald es um Sachfragen im Detail ging. Als vom Herbst 1989 an in der DDR das öffentliche politische Leben landesweit begann, wiederholte sich diese Mischung aus Begeisterung, Ernüchterung und Enttäuschung.

Die Ökumenische Versammlung in der DDR ist folgendermaßen vorgegangen. Zunächst wurden die bisherigen Erklärungen der Kirchen auf die drei Themen hin durchgesehen mit dem Ziel, Konsens und Defizite festzustellen. Eine Fülle von Zuschriften aus den Gemeinden wurde aufgearbeitet. Sodann wurden zwölf thematische Arbeitsgruppen gebildet, die in der zweiten Vollversammlung Entwürfe vorlegten, die den Gemeinden zur Diskussion zugegangen sind. Die zahlreichen Zuschriften sind dann in die bei der dritten Vollversammlung verabschiedeten Endfassungen eingegangen. Es war auch beabsichtigt, die Texte mit Vertretern des Staates zu diskutieren. Diese haben sich aber entsprechenden Einladungen zumeist entzogen, und zwar auf Anordnung der SED. Der ganze Prozeß war verbunden mit einer starken innerkirchlichen Öffentlichkeitsarbeit durch das ständige Sekretariat der Ökumenischen Versammlung.

Vorgesehen war, diesen Diskussionsprozeß auch nach der dritten Vollversammlung in der DDR weiterzuführen. Aber nach dem Fall der Mauer engagierten sich sehr viele Delegierte zunächst in den neuen politischen Gruppen und Parteien, in der Hoffnung, nun verwirklichen zu können, was in der Ökumenischen Versammlung vorgedacht worden war. Diese Hoffnung hat sich für viele nicht erfüllt, weil sie eine viel weitergehende Erneuerung der Gesellschaft erhofft hatten, als mit dem Beitritt zur Bundesrepublik eingetreten ist. Für 1996 ist eine weitere Ökumenische Versammlung in Deutschland geplant. Man darf gespannt darauf sein, wie sie sich unter den gewandelten Verhältnissen artikuliert. Es steht aber jetzt schon fest, daß der konziliare Prozeß der Ökumenischen Versammlung in der DDR eine wichtige Rolle gespielt hat im Vorfeld des Zusammenbruchs der SED-Herrschaft. Viele, die sich dort zuerst begegnet sind, begegneten sich später in der politischen Arbeit wieder.

## II.

Die "Ergebnistexte" der Ökumenischen Versammlung orientieren sich nach einer "Theologischen Grundlegung" (1) an den Stichworten Gerechtigkeit (drei Texte), Frieden (vier Texte)<sup>4</sup>, Bewahrung der Schöpfung<sup>5</sup>. Dem ersten Stichwort sind drei Texte zugeordnet: "Leben in Solidarität - eine Ant-

---

<sup>3</sup> Das Sekretariat der Ökumenischen Versammlung hat einen (vervielfältigten) "Informationsdienst" herausgegeben ("Nur für kirchlichen Dienstgebrauch", also ohne Druckgenehmigung), in dessen erster Nummer (März 1988) Delegierte ihre Eindrücke schildern.

<sup>4</sup> " 4. Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung

5. Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung

6. Aspekte der Friedenserziehung

7. Kirche des Friedens werden."

<sup>5</sup> " 8. Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung

9. Den Menschen dienen - das Leben bewahren

wort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit" (2.1.), "Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern" (2.2.) und "Mehr Gerechtigkeit in der DDR - unsere Aufgabe, unsere Erwartung" (3). Über die Entstehung des letztgenannten Textes, dessen Endfassung vorn wiedergegeben ist, soll hier berichtet werden, weil sie einen unzensurierten kirchlichen politischen Meinungsbildungsprozeß unmittelbar vor dem Zusammenbruch der DDR dokumentiert.

a) Die *Zuschriften* an die Ökumenische Versammlung nannten folgende Kritikpunkte zu unserem Themenbereich:

- "- Anfrage zur Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft, Wunsch nach mehr Halbtagsbeschäftigung
- Ermutigung und Unterstützung des Ersterziehungsrechtes durch die Eltern für ihre Kinder in Kindereinrichtungen und Schule
- gleiche Bildungs- und Berufschancen für alle Bürger, unabhängig von Parteizugehörigkeit, Weltanschauung oder Länge und Art des Wehrdienstes
- verbesserte Bedingungen für Alte, Kranke und Behinderte in unserem Land, keine 'Abschiebep Praxis'
- stärkere Beachtung und Rechte für Minderheiten und Randgruppen, z.B. Alkoholranke, Haftentlassene, Homosexuelle, Alleinerziehende
- Verbesserung des Strafvollzugs, z.B. mehr Besuchsmöglichkeiten und Seelsorgegespräche für Inhaftierte
- größere Durchschaubarkeit und Klarheit der Rechtsvorschriften und -gesetze
- Recht auf Einklagbarkeit, z.B. durch Einrichtung von Verwaltungsgerichten
- kritische und sachliche Information durch öffentliche Medien (auch Kirchenzeitungen), Einfuhrmöglichkeiten von ausländischen Presseerzeugnissen
- Erweiterung der Reisemöglichkeiten nach Ost und West; klare gesetzliche Regelungen
- Wunsch nach öffentlicher Diskussion und Mitverantwortung in der Gesellschaft".<sup>6</sup>

Es fehlt in dieser Aufzählung fast gänzlich die grundsätzliche Systemkritik, etwa die an der führenden Rolle der Partei, an den Scheinwahlen, also die Benennung der institutionellen Demokratie-Defizite. Lediglich Defizite des Rechtsstaats werden benannt, und nur hier wird eine institutionelle Neuerung (Verwaltungsgerichte) gefordert. Es fehlt aber auch die Kritik am ökonomischen System der DDR, obwohl doch jeder die Mißlichkeiten der Mangelwirtschaft, die technologische Rückständigkeit und Ineffektivität erlebt hat. Und es gibt nicht einmal eine Anspielung an die Machenschaften des Staatssicherheitsdienstes. Ist das eine Folge der Selbstzensur? Sicher nicht einer bewußten Selbstzensur, als sei den Schreibern bewußt gewesen, daß sie eigentlich ganz andere Punkte an erster Stelle hätten nennen wollen, wenn das nicht so gefährlich wäre. Die Aufzählung ist repräsentativ für die damalige Wahrnehmung. Im übrigen sind die Forderungen brisant genug. Indem sie sich gegen die SED-Indoktrination wenden (Punkte 2, 3, 9.10.11), zielen sie auf den Nerv des Systems.

b) Die *Analyse der bisherigen kirchlichen Verlautbarungen* nennt als deren thematische Schwerpunkte: die Frage der Gleichberechtigung von christlichen Bürgern, Wehrdienstfragen, grenzüber-

---

10. Ökologie und Ökonomie

11. Energie für die Zukunft

12. Der Wert von Information für Umweltbewußtsein und -engagement"

<sup>6</sup> Informationsdienst März 1988 S. 7f.

schreitende Kontakte, Rechtssicherheit und Rechtsklarheit, Mitverantwortung und offene Informationspolitik, Dialog und Öffnung für Andersdenkende <sup>7</sup>.

Sie kritisiert, daß ökonomische Fragen kaum thematisiert worden sind (Trend zur Verantwortungslosigkeit, Unflexibilität und Ineffektivität der Planwirtschaft, Preis- und Subventionspolitik, die die ökonomischen Zusammenhänge verdeckt). Und sie kritisiert, daß beim Problem der Partizipation häufig moralisch argumentiert wird, aber nicht die entsprechenden Institutionen gefordert werden, "z.B. Verfassungs- und Verwaltungsgericht(e)". "Es fällt auf, daß z.B. der Begriff 'Demokratie' nie auftaucht." Bemängelt wird das Fehlen einer Auseinandersetzung mit dem Begriff "Sozialismus", obwohl er doch (in der Formel "Kirche im Sozialismus") als Orientierungsbegriff gebraucht werde.<sup>8</sup> Es wird ganz zutreffend vermutet, diese Zurückhaltung könne "den verständlichen Hintergrund haben, daß man sich nicht in den Streit der Ideologien begeben möchte." Tatsächlich war hier die Kirche in einer Zwickmühle. Sie wollte die geforderte Akklamation zum Marxismus-Leninismus und das Ja zum real existierenden Sozialismus nicht liefern, sich aber auch nicht nachsagen lassen, sie vertrete die Positionen des Klassenfeindes, weil das in der Logik der SED ihr das Recht gab, sie zu bekämpfen - und den Preis der Zivilcourage, die für den Christen ohnehin notwendig war, wenn er sich zu seinem Christsein bekannte, gewaltig hochschraubte. Denn nicht so sehr die kirchlichen Mitarbeiter, sondern zuerst die christlichen "Werktätigen" hatten es auszubaden, wenn sich das Verhältnis von Staat und Kirche verschlechterte. Diese Analyse stellt aber nun fest, daß diese Rücksichtnahmen auf Kosten der intellektuellen Klarheit gehen. Aber auch in dieser Kritik kirchlicher Stellungnahmen fehlt das Thema Staatssicherheitsdienst.

c) Der *erste Entwurf der Arbeitsgruppe* <sup>9</sup> beginnt mit der theologischen These, daß Jesu Verkündigung des Gottesreiches "menschliche Herrschaftsstrukturen, deren Gerechtigkeit immer nur relativ und vorläufig sein kann, radikal in Frage" stellt. Sodann wird erklärt, daß mit "der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ... in unserem Land ein Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit eingeschlagen" wurde, aber die Entfaltung dieser Potenzen werde "durch den autoritär-ideologischen Vollkommenheitsanspruch der zentralistischen Staatsmacht" behindert. "Eine bedachtsame innere und äußere Öffnung würde unsere Gesellschaft in Bewegung bringen und wettbewerbsfähig machen," nämlich im Wettstreit unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen in Ost und West. Sodann werden unter der Überschrift "2. Familie und Minderheiten" die Unterordnung der individuellen Rechte, Ansprüche und Wünsche unter die "sogenannten gesellschaftlichen Erfordernisse", Leistungsdruck und Konsumzwang, die Verarmung der zwischenmenschlichen Beziehungen und die Dominanz einer "männlichkeitsorientierten Leistungsgesellschaft" kritisiert. Es folgt ein Katalog von "Minderheiten und Randgruppen", die "sich in ihrem eigenen Selbstverständnis weitgehend eingengt und nicht verstanden fühlen".<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Vorlage 4.1. der 1. Vollversammlung: Bericht der Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit" zu den offiziellen Äußerungen der Kirchen zum Thema Gerechtigkeit, S. 18. - Eine Kritik an den Wahlen in der DDR kommt nach Ausweis dieser Analyse nur in einem dieser Dokumente vor: Kirchenleitungsbericht der Kirchenprovinz Sachsen von 1987.

<sup>8</sup> a.a.O. S. 19.

<sup>9</sup> Vorlage 27/3 der 2. Vollversammlung.

<sup>10</sup> Aufgezählt werden "Minderheitenrechtsgruppen (Homosexuelle, Christen in gesellschaftlichem und beruflichem Alltag), Gruppen sozial Gefährdeter (Aussteiger, Jugendliche, Alkoholranke), sozial-politische Gruppen (gesellschaftlich engagierte Christen, Basisgruppen, Wehrdienstverweigerer), Notgemeinschaften (Behinderte, psychisch Kranke, Alleinstehende, Priester ohne Amt, Nichtordinierte) und andere Gruppen (Frauen, Alte, Kinder, Kranke, kinderreiche Familien, Ausländer, Inhaftierte, Haftentlassene, wiederverheiratete Geschiedene, konfessionsverschiedene Ehen)." S. 2. - Nach dieser Aufzählung gehörte die Mehrheit der DDR-Bürger mindestens einer Minderheit an.

Unter der Überschrift "3. Verantwortliches Leben in der Gesellschaft" werden Mündigkeit und Rechtssicherheit gefordert, im besonderen unabhängige Gerichte, Verwaltungsgerichte, Überprüfung der Gesetze mit dem Ziel, Freiheit und Würde der Persönlichkeit besser als bisher zu schützen, Informationsfreiheit, Reisefreiheit, Regelungen für Aus- und Einwanderung sowie größere Freiheit für Lehrer und Erzieher bei ihrer Arbeit.

An diesem Text fällt auf, daß er kaum zwischen Staat, Gesellschaft und Partei unterscheidet. Diese Unterscheidungen verwischen sich angesichts des Grundgegensatzes zwischen dem Individuum, das in seiner freien Entfaltung durch äußere Zwänge behindert wird, und der Gesellschaft oder dem Staat. Daß es auch den berechtigten Zwang und die unvermeidliche Unterordnung eigener Wünsche unter Gesichtspunkte des Gemeinwohls gibt, scheint übersehen zu sein. Diese Anthropologie mutet gnostisch an: der gute innere Reichtum des Individuums und die böse äußere Welt. Daß dabei westliche Modelle der Gesellschaftskritik im Hintergrund stehen, wird besonders deutlich, wenn ausgerechnet der DDR Konsumzwang und Leistungsdruck unterstellt werden. Andererseits paßte dieses Deutungsschema insofern ganz gut auf die DDR-Verhältnisse, als Gesellschaft, Staat und Partei tatsächlich als ein fremdbestimmendes Einerlei erschienen. Die SED hat diese Unterschiede in Theorie und Praxis eingeebnet. Der Mangel an Differenzierungen hat aber bewirkt, daß der Text nicht bis zur Institutionenkritik und kaum zu institutionellen Forderungen vorstieß. Die Forderungen des Papiers sind weithin eher moralisch als politisch, d.h. sie zielen auf einen neuen Menschen, aber es dürfte schwer fallen, diejenigen politischen Schritte zu benennen, die zu diesem Ziel führen. Besonders deutlich wird das bei dem Problem der "Minderheiten". Maßstab der Kritik an der Gesellschaft ist hier, daß sie, die Minderheiten, "sich nicht verstanden fühlen". Aber Politik kann ihnen zwar gleiche Rechte verschaffen, sie kann in gewissen Grenzen Benachteiligungen durch besondere Leistungen ausgleichen, aber doch niemals bewirken, daß sie sich verstanden fühlen. Daß jeder jeden versteht, ist gar keine sinnvolle Forderung, sondern eine Überforderung. Es genügt, wenn jeder jeden respektiert.

d) Der zweite Entwurf <sup>11</sup>, der während der 2. Vollversammlung wegen allzu starker Differenzen in der Arbeitsgruppe nicht verabschiedet werden konnte, wurde erst danach von einer kleinen Redaktionsgruppe <sup>12</sup> fertiggestellt und mit Verspätung durch das Präsidium am 10.1.89 veröffentlicht. Er beginnt mit einem theologischen Vorspann, der die eschatologische Differenz betont zwischen Gottes Reich und dem, was jetzt schon möglich ist, nämlich "Zeichen des Gottesreiches und seiner Gerechtigkeit..., die aufatmen lassen und ermutigen." Unter der Überschrift "2. Erfahrungen und Einsichten" wird unterschieden zwischen denjenigen DDR-Problemen, die auch andere Industriegesellschaften haben, und den spezifischen Ohnmachtserfahrungen in der DDR, die einerseits auf die Allzuständigkeit der Staats- und Parteiführung zurückgehen, andererseits darauf, daß ein eigenständiges Bürgerengagement schnell unter den Verdacht der staatsfeindlichen Tätigkeit gerät. Es fehle in der DDR eine Öffentlichkeit, es fehle an Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit und an Rechtssicherheit. Unter der Überschrift "3. Erfordernisse und Erwartungen" wird bemängelt, daß es in der DDR an einem gesellschaftlichen Grundkonsens fehlt, weil ein offener Meinungs austausch nicht stattfindet. Geheime Überwachung und fehlender Datenschutz verhindern den Mut zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten. Rechtssicherheit, Vervollständigung der Rechtswege um Verwaltungsgerichte und ein Verfassungsgericht, Unabhängigkeit der Richter und Rechtsanwälte, klar von einander abgegrenzte Zuständigkeiten der Amtsinhaber auf den verschiedenen Ebenen des Staates (d.h. Trennung von

---

<sup>11</sup> Er wurde im Westen veröffentlicht in epd-Dokumentation Nr. 6/89, in der DDR ist er als Vervielfältigung verbreitet worden.

<sup>12</sup> Sie bestand aus Hans-Jürgen Fischbeck, der die Arbeit dieser Arbeitsgruppe mit ganz besonderem Einsatz betrieben hat, Reinhard Höppner und Richard Schröder.

Staat und Partei), "Wahlen, in denen die Urteilsfähigkeit der Bürger wirklich gefordert wird", werden verlangt. Im Blick auf die "Minderheiten" wird nun unterschieden zwischen denen, "die nicht den allgemeinen Erwartungen entsprechen und anders sind oder sein wollen" und denen, "die mit sich und der Gesellschaft nicht allein zurechtkommen" und Hilfe brauchen.

Der letzte Punkt behandelte "4. Aufgaben für Christen und Kirchen".

e) Der Weg zur Endfassung.

Als die 3. Vollversammlung zusammentrat, zeigte sich, daß die Arbeitsgruppe 3 mit dem veröffentlichten Text keineswegs einhellig zufrieden war. Strittig war vor allem zweierlei: die andere Tendenz des theologischen Vorspanns, der in der Tradition einer Zwei-Reiche-Lehre stand und sich dadurch von einer Theologie der Verwirklichung des Reiches Gottes distanzierte. Als ein dritter Entwurf für den theologischen Vorspann vorgelegt wurde, stellte jemand die spitze Frage, wie es denn möglich sei, daß man den theologischen Vorspann ändern könne, ohne den folgenden Text völlig neu zu schreiben. In Wahrheit standen sich in dieser Frage zwei Konzeptionen gegenüber. Die eine, die des ersten Entwurfs, wollte aus dem Evangelium unmittelbar eine Gesellschaftskonzeption ableiten, die andere war der Auffassung, daß der Zusammenhang zwischen theologischer Grundlegung und politischen Forderungen nur ein mittelbarer ist.

Der andere große Dissenspunkt war die Beurteilung des "Sozialismus". Denn während der erste Entwurf die Abschaffung des Privateigentums als guten Anfang bezeichnete und forderte, die Potenzen dieses Anfangs im Sinne der Bergpredigt weiterzuentwickeln, also beispielhaft und vorbildlich einen dritten Weg zu beschreiten, hob der zweite Entwurf diejenigen institutionellen Defizite hervor, die sich aus der Abschaffung des Rechtsstaats und der parlamentarischen Demokratie ergeben hatten, er konstatierte also zunächst einen Nachholbedarf der DDR im Blick auf die Standards der westeuropäischen politischen Kultur. Die Diskussionen wurden gründlicher und damit auch - strittiger. Erst jetzt wurde den Teilnehmern bewußt, daß sie in der Beurteilung des Sozialismus ganz verschiedene Auffassungen vertraten. Es kam zutage, daß nicht wenige das Bild, das die SED von der DDR und ihrer Geschichte verbreitet hatte, nicht mehr hinreichend von dieser Geschichte selbst unterscheiden konnten. Es wurden die Defizite politischer Bildung offenbar. Erst jetzt wurde deutlich, daß wir zwischen Staat und Gesellschaft unterscheiden müssen - aber wie? Und ganz zum Schluß tauchte die nationale Frage auf: "Was heißt es, Deutscher in der DDR zu sein?" Fazit der Diskussionen: wir konnten uns nicht einigen. Dem Schlußdokument mußte ein weiterer Absatz zugefügt werden: "Offene und umstrittene Fragen". Mit diesen Differenzen sind die Delegierten in die "Wende" gegangen, und zwar, wie nicht anders zu erwarten, in verschiedene Parteien.

Manche werden bis heute bedauern, daß das erhebende Gefühl der ersten Vollversammlung untergegangen zu sein schien im Streit zwischen differenten Auffassungen. Aber die Ökumenische Versammlung hat dabei eine Forderung erfüllt, die sie selbst erhoben hatte: mehr Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Es ging dieser Versammlung so ähnlich wie später der DDR-Bevölkerung. Wir waren einmütig *gegen* die herrschenden Verhältnisse des SED-Regimes. Aber wir waren nicht einmütig *für* etwas Bestimmtes.